

07.09.2026

Keine Steuererhöhungen auf Sekt und Spirituosen

Die geplanten Steuererhöhungen gefährden Mittelstand, Gastronomie und regionale Wertschöpfung – ohne einen verlässlichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten.

Sehr geehrte Damen und Herren,
die geplante Erhöhung der Verbrauchsteuern auf Sekt und Spirituosen droht ihr eigenes finanzpolitisches Ziel zu verfehlen. Sie belastet mittelständische Unternehmen, Gastronomie, Handel und regionale Wertschöpfungsketten unmittelbar, ohne dass verlässlich zusätzliche Einnahmen für den Bundeshaushalt zu erwarten sind. Damit steht einem erheblichen wirtschaftlichen Eingriff ein höchst unsicherer fiskalischer Nutzen gegenüber. Die Maßnahme ist finanzpolitisch nicht überzeugend und wirtschaftspolitisch kontraproduktiv.

1) Die prognostizierten Mehreinnahmen sind nicht belastbar

Die Annahme, dass höhere Verbrauchsteuern automatisch zu höheren Staatseinnahmen führen, greift zu kurz. Gerade bei Sekt und Spirituosen reagieren Verbraucherinnen und Verbraucher sehr sensibel auf steigende Preise und weichen auf günstigere Produkte oder andere Getränke Kategorien aus. Diese Preiselastizität der Nachfrage, also die Reaktion der Nachfrage auf Preisänderungen, führt dazu, dass die prognostizierten Mehreinnahmen voraussichtlich nicht erreicht werden und der fiskalische Effekt der Steuererhöhung deutlich hinter den Erwartungen zurückbleibt.¹

Sinkende Absatzmengen und das Ausweichen auf günstigere Alternativen treffen die gesamte Wertschöpfungskette – von Herstellern über Handel und Gastronomie bis zu Zulieferern und Logistik – und mindern zugleich Einnahmen aus Mehrwert-, Unternehmens- und Einkommensteuer sowie Sozialabgaben. Die Steuererhöhung ist deshalb kein verlässliches Instrument zur Haushaltskonsolidierung.

¹ Modellrechnungen für die Entwicklung der Alkohol-/Sekt-Steuererinnahmen: <https://www.deutscher-sektverband.de/news/keine-evidenz-hohe-wirtschaftliche-belastungen-und-massive-einbussen-branchenverbaende-warnen-vor-den-folgen-der-geplanten-steuererhoehung-auf-sekt-und-spirituosen/>

2) Verbraucher, Mittelstand, Gastronomie und Regionen geraten unter Druck

Eine Erhöhung der Steuern auf Sekt und Spirituosen würde sich unmittelbar in höheren Verbraucherpreisen niederschlagen und damit die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich belasten. Gerade in Zeiten ohnehin gestiegener Lebenshaltungskosten wäre eine weitere Verteuerung für die Verbraucherinnen und Verbraucher deutlich spürbar. Unsere Betriebe, u.a. Winzer, Sektkellereien, Weinhändler, Destillieren und Spirituosenhersteller sowie ihre vor- und nachgelagerten Wertschöpfungspartner, sind überwiegend mittelständisch oder familiengeführt und stehen bereits unter erheblichem Kosten- und Wettbewerbsdruck. Zusätzliche Verbrauchsteuern lassen sich nur begrenzt an Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben. Die Folge sind sinkende Margen, geringere Investitionen sowie Risiken für Arbeits- und Ausbildungsplätze. Auch Gastronomie, Hotellerie sowie die Veranstaltungs- und Clubwirtschaft würden zusätzlich belastet. Bereits heute operieren viele dieser Betriebe am absoluten Existenzminimum. Steigende Preise dämpfen den Konsum außer Haus und schwächen die Wettbewerbsfähigkeit einer Branche, die wesentlich zur Attraktivität von Innenstädten und Tourismusregionen beiträgt.² Weitere Betriebsschließungen wären die unmittelbare Folge.

3) Steuerpolitik braucht belastbare Grundlagen

Die geplanten Steuererhöhungen auf Sekt und Spirituosen wurden bislang nicht durch eine belastbare wirtschaftliche und fiskalische Folgenabschätzung unterlegt. Steuerpolitische Entscheidungen mit weitreichenden Folgen für Unternehmen, Beschäftigung und regionale Wertschöpfung dürfen nicht auf fiskalischen Annahmen beruhen, deren Eintritt aufgrund der Preiselastizität der Nachfrage selbst erheblich zweifelhaft sind.

² siehe EY-Studie „Der gesellschaftliche Wert von Bars, Clubs und Kneipen“ (2026), online erreichbar unter: <https://heyzine.com/flip-book/780d156cd4.html>

Unser gemeinsamer Appell

Wir fordern die Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, die geplanten Steuererhöhungen auf Sekt und Spirituosen nicht umzusetzen. Die Maßnahme ist finanzpolitisch nicht überzeugend und wirtschaftspolitisch kontraproduktiv. Sie gefährdet Mittelstand, Gastronomie und regionale Wertschöpfung, während die prognostizierten Mehreinnahmen höchst unsicher sind.

Gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, die unternehmerische Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit stärken. Zusätzliche steuerliche Belastungen wirken diesem Ziel entgegen und treffen am Ende auch die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Eine nachhaltige Konsolidierung des Bundeshaushalts braucht eine Stärkung der wirtschaftlichen Basis auf der Einnahmenseite. Statt neue Belastungen für einzelne Branchen zu schaffen, sollten Bürokratie abgebaut, Investitionen erleichtert und Wachstum sowie Wertschöpfung gefördert werden.

Selbstredend stehen wir für Rückfragen und einen weitergehenden Austausch jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Bundesverband Wein, Sekt und Spirituosen e.V., Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie und -Importeure e.V., Deutscher Raiffeisenverband e.V., Deutscher Weinbauverband e.V., Bundesverband der Obstverschlussbrenner e.V. und Verband Traditioneller Sektmacher e.V.

sowie die folgenden unterzeichnenden Verbände und Unternehmen: